

## Fluchtursachen Made in Europe



Jeden Tag treffen hunderte Flüchtlinge in Deutschland ein. Dies ist nur ein Bruchteil derer, die sich auf den Weg nach Europa machen, weil ihnen die Verhältnisse in ihrem Herkunftsland dort ein menschenwürdiges Leben unmöglich machen. Nur die wenigsten der Ankommenden haben eine Chance, Asyl gewährt zu bekommen. Während viele Menschen ehrliche Solidarität und Hilfsbereitschaft zeigen, verbirgt die offiziell inszenierte „German Willkommenskultur“, wie hektisch daran gearbeitet wird, die Festung Europa gegen weitere Flüchtlinge abzusichern. Diejenigen, die es hierher geschafft haben, werden in „Nützliche“ und „Unnütze“ unterschieden. Gut Ausgebildete sind willkommen und sollen schnell in den Arbeitsmarkt integriert werden, den anderen droht die Abschiebung. Dabei sind die Flüchtenden nicht ohne Grund hier. Die EU und Deutschland haben ein hohes Maß an Verantwortung dafür, dass Menschen aus ihrer Heimat fliehen müssen. Und solange die Ursachen für Flucht nicht beseitigt werden, wird die massive Migrationsbewegung nach Europa weiter anhalten. Die EU zwingt unter anderem mit Hilfe von Freihandelsverträgen ökonomisch schwächere

Staaten dazu, ihre Märkte für die exportorientierte deutsche Wirtschaft zu öffnen. Arbeitslosigkeit und die Zerstörung wirtschaftlicher Perspektiven in den betroffenen Ländern sind die Folge, ebenso die Zerstörung kleinbäuerlicher Strukturen als Lebensgrundlage der Landbevölkerung. Flucht und Migration sind das Resultat dieser neoliberalen Politik, die die Interessen der Wirtschaftseliten innerhalb der EU zu Lasten der breiten Massen in den armen Ländern des Südens rücksichtslos verfolgt. Diese Freihandelspolitik gilt es zu stoppen. Abkommen wie die Economic Partnership Agreements (EPAs) dürfen nicht ratifiziert werden. Sie vergrößern die Armut in den betroffenen Ländern und machen eine eigenständige Wirtschafts- und Sozialpolitik unmöglich.

Auch die Folgen des Klimawandels, den die Industrieländer mit dem Verbrauch der fossilen Rohstoffe anheizen, müssen vor allem die Ärmsten in den Ländern des Südens tragen. Die Veränderung der klimatischen Verhältnisse im östlichen Mittelmeerraum ist einer der Gründe für den verheerenden Krieg in Syrien. Katastrophale Dürren haben dort die für das

### Inhalt

#### Interview

Großdemonstration in Berlin  
zu TTIP und CETA – 2 –

#### Europa

Kein Plan B für Griechenland – 3 –  
Aus Kopenhagen lernen – 4 –

#### Erfolge

Bürgerentscheid in Augsburg – 5 –

#### Kalender

Rückblick und Ausblick – 6/7 –

#### Portrait

Auf Tour gegen EPAs – 8 –

#### Bildung

„Europa nach der Krise?!“ – 9 –

#### Aktiv

UN-Klimakonferenz COP21 in Paris – 10 –  
BFG verhindern – 11 –

Überleben notwendigen Ernteerträge und die Viehbestände stark reduziert. Die Menschen zogen in die Städte, wo sich soziale Konflikte wegen der Landflucht verschärften. Ähnliche Auswirkungen des Klimawandels sind auch im Sudan, in Afghanistan, Irak, Jordanien und dem Libanon zu beobachten.

Exporte deutscher Waffen und militärische Interventionen in Krisengebieten mögen die Taschen der Militärindustrie füllen, zur Lösung der Konflikte tragen sie nichts bei.

Statt das Recht auf Asyl ab- und die militärische Grenzsicherung Europas auszubauen, müssen die Ursachen für Flucht und Migration beseitigt werden. Das heißt, die neoliberale Freihandelspolitik muss beendet und der Klimawandel muss gestoppt werden. Waffenexporte müssen verboten und militärische Interventionen unterlassen werden.

**Thomas Eberhardt-Köster**, Attac-Koordinierungskreis

# „Die größte Demonstration seit 2003“

**250.000 Menschen gegen TTIP und CETA**

Am 10. Oktober haben rund 250.000 Menschen in Berlin unter dem Motto „TTIP & CETA stoppen! Für einen gerechten Welt-handel“ gegen die Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA (TTIP) und mit Kanada (CETA) protestiert. Das ist der vorläufige Höhepunkt einer Mobilisierung, die seit dem Bekanntwerden der Geheimverhandlungen zwischen den USA und der Europäischen Union vor über zwei Jahren nicht nachgelassen hat. Roland Süß, Mitglied im Attac-Koordinierungskreis, hat die Proteste mitorganisiert.

## Hat die Demonstration Eure Erwartungen erfüllt?

Wir haben erwartet, dass dies die bisher größte Demonstration gegen TTIP und Co. werden würde. Aber dieser beeindruckende Mobilisierungserfolg hat unsere Erwartungen deutlich übertroffen. Dies war in Deutschland die größte Demonstration seit 2003. Das ist ein klarer Erfolg!

## Was erwartet Ihr jetzt von der Bundesregierung? In welche Richtung muss ein Kurswechsel gehen?

Wir fordern, dass die Bundesregierung die Reißleine zieht und dafür sorgt, dass die TTIP-Verhandlungen der EU gestoppt werden. Die Demonstration war ein klares Signal für einen Kurswechsel hin zu einer völlig anderen EU-Handelspolitik, die sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert. Doch Bundesregierung, Lobbyisten und leider auch ein Teil der Medien setzen derzeit lieber auf Diffamierung und versuchen, den massiven Protest der BürgerInnen zu diskreditieren. Die neoliberale Handelsagenda hat zwar erste Legitimationsschwierigkeiten, aber wir haben noch einiges vor uns, um einen wirklichen Kurswechsel zu erzielen.

## Der Protest gegen das Abkommen ist keine einseitig deutsche Angelegenheit. Die selbst-organisierte Europäische Bürgerinitiative sEBI hat europaweit über 3 Millionen Unterschriften zusammengebracht. Wie hat diese Mobilisierung der europäischen BürgerInnen die Verhandlungen beeinflusst?

Die Bundesregierung und die TTIP-BefürworterInnen behaupten ja hartnäckig, Widerstand gäbe es fast nur in Deutschland. Die sEBI belegt eindrücklich, dass dies anders ist. Sie wurde von mehr als 500 Organisationen in ganz Europa getragen. In 23 Ländern wurde das geforderte Quorum überschritten. Dies ist Ausdruck eines breiten zivilgesellschaftlichen europäischen Protestes. Für eine

europäische Mobilisierung des Protestes war die sEBI extrem wichtig. Bisher hat sie leider nicht zu einem Kurswechsel der Handelskommission geführt. Geändert hat sich fast nur die Rhetorik.

**Freihandelsverträge werden nicht nur zwischen den Industriestaaten verhandelt. Mit der EPA-Speakerstour hat Attac zusammen mit Brot für die Welt und dem Forum Umwelt und Entwicklung auf die Verhandlungen mit den Schwellen- und Entwicklungsländern, die sonst nicht so im Rampenlicht stehen, aufmerksam machen wollen.**

Die Stop-EPAs-Tour war uns wichtig. Seit mehr als zwölf Jahren verhandelt die EU mit den ehemali-

**Befürworter von TTIP sagen, dass Europa nun nachziehen muss, um nicht abgehängt zu werden. Können wir unter diesem Druck unsere Gegnerschaft gegen das Abkommen aufrechterhalten?**

Ja. Schon zu Beginn der Verhandlungen wurde argumentiert, wir bräuchten diese Abkommen, weil sonst Schwellenländer wie China die Regeln der globalen Ökonomie diktieren werden. Beim Transpazifischen Freihandelsabkommen sind auch Länder wie Kanada, Mexiko und Australien dabei. Schwellenländer wie China oder Indien blieben jedoch ausgeschlossen. Bei dem Dienstleistungsabkommen TiSA ist es ähnlich, dort verhandeln die „Really Good Friends of Services“ auch ohne



gen Kolonien in Afrika, der Karibik und im pazifischen Raum über den Abschluss so genannter „Wirtschaftspartnerschaftsabkommen“, kurz EPAs („Economic Partnership Agreements“). In Afrika wächst der Widerstand. Die Menschen dort nehmen diese Abkommen zu recht als Bedrohung wahr. Sie sollen ihre Märkte noch weiter für hochsubventionierte Produkte aus Europa öffnen. Schon jetzt sind diese Länder oft nicht in der Lage, auf ihren eigenen Märkten mit Produkten aus Europa zu konkurrieren. Ihnen wurde die Pistole auf die Brust gesetzt. Entweder sie unterzeichnen, oder ihr Zugang zu den europäischen Märkten wird eingeschränkt.

Wenn wir wie auf der Demonstration am 10. Oktober in Berlin einen gerechten Welthandel fordern, dann können wir zu den EPAs nicht schweigen.

**In der Woche vor der Berliner Demo wurde der Abschluss des Transpazifischen Freihandelsabkommens zwischen den USA und einer Reihe von asiatischen Staaten bekannt gegeben.**

die BRICS-Staaten. Allen Verhandlungen, auch TTIP und CETA, ist eine gemeinsame geostrategische Grundhaltung gemein, in der Handelsblöcke geschaffen werden, die jeweils andere ausschließen. Diese Entwicklung ist kein Argument für TTIP, sondern genau das Gegenteil. Die Gefahr ist groß, dass daraus geostrategische Handelskriege entstehen. Auf diese Gefahr müssen wir noch deutlicher hinweisen.

## Wie soll der Protest nun weiter gehen?

Nach dem Erfolg in Berlin gibt es gegenwärtig vielfältige Diskussionen. Natürlich wollen wir den Druck erhöhen. Für das Frühjahr ist eine Aktionskonferenz geplant, die gerade auch für regionale Strukturen gedacht ist. Zudem könnte CETA in den nächsten Monaten zur Verabschiedung anstehen. Wir haben also noch viel vor uns.

Interview: Lena Bröckl

[www.attac.de/ttip](http://www.attac.de/ttip)



# An der Straße geht kein Weg vorbei

## Griechenland und das Krisenmanagement der EU

Eine kurze Zeit gab es im Frühjahr dieses Jahres eine besondere Situation. Eine linke Regierung bot der gesamten Eurozone und ihrer Austeritätspolitik die Stirn und verlangte einen völligen Kurswechsel. Das war so bisher nur auf Europas Straßen zu hören gewesen, auf griechischen sehr oft, spanischen ebenfalls regelmäßig, aber auch auf deutschen, als Blockupy aufgerufen hatte. Plötzlich sahen sich BewegungsaktivistInnen damit konfrontiert, dass ganz aktuelle Hoffnungen auf einer Regierung lagen, und einen Augenblick lang sah es so aus, als könnte mit Spanien bald eine zweite dazukommen. Was dann alles möglich gewesen wäre ...

gewinnen könnten, wenn Syriza Erfolg hätte. Und welches Interesse hätten Sozialdemokraten an einer Vereinbarung haben können? Auch da wäre allen vor Augen geführt worden, dass eine wirklich linke Regierung etwas erreichen kann, das sie selbst nicht einmal versucht hatten. Und für die Konservativen und Reaktionäre war die griechische Linke ohnehin ein rotes Tuch.

Kompromisse im Sinne der griechischen Bevölkerung wären überhaupt nur vorstellbar gewesen, wenn in mehreren und wichtigen europäischen Ländern eigene Bewegungen die Politik so unter Druck gesetzt hätten, dass Parteien aus innenpolitischem Kalkül

Der Diskurs um Plan B und einen selbstgewählten Euroaustritt Griechenlands richtet sich an Regierungen, die es so gar nicht gibt und wohl so bald auch nicht wieder geben wird, nämlich linke Regierungen. Er ist insofern also müßig. Dennoch hat sich mit dem vorläufigen Ende des griechischen Widerstandes keineswegs erwiesen, dass sich in der Eurozone nichts ändern könne. Gezeigt wurde lediglich, was immer schon klar war, dass sich eine linke Regierung in einem ökonomisch extrem schwachen Land gegen die gesamte Eurozone nicht durchsetzen konnte. Mit ihrer Initiative „Ein Plan B für Europa“, auf die sich der Plan-B-Diskurs weitgehend bezieht, suggerieren vier Ex- und Möchtegerne-Finanzminister (Varoufakis, Lafontaine, Fassina, Melenchon) eine Situation, in der sie tatsächlich Finanzminister wären. Was da passieren würde, ist eine völlig andere Frage, ebenso wie die, was wohl passieren wird, wenn die nächste Großbank pleite geht. Die völlig unterfinanzierte Deutsche Bank wäre ein guter Kandidat dafür und für ein erneutes Krisenmanagement wie 2008/9 fehlen heute alle Mittel.

Ob Griechenland oder irgendein anderes nicht existentes links regiertes Land aus dem Euro austreten soll, mag eine Frage für Parteiprogramme von Regierungsparteien in spe sein. Für die Bewegung gegen die Austeritätspolitik ist sie völlig belanglos, weil wir darüber nicht entscheiden, nicht im entferntesten nach unserer Meinung dazu gefragt werden. Womit wir täglich zu tun haben, womit wir wirklich konfrontiert sind, sind die Auswirkungen der neoliberalen Krisenregulierungen auf die Lebenssituation von uns und allen Menschen in der EU. Die EU hat in einem verzweifelten Versuch, die Stabilität der Finanzanlagen zu garantieren, statt der guten Versorgung der Bevölkerung ein Vertragswerk geschaffen, das der härtesten Variante des Neoliberalismus Verfassungsrang einräumt. Alles das, ESM und Fiskalpakt müssen wir angreifen. Das kann nur auf der Straße geschehen, im täglichen Kampf um bessere Lebensbedingungen. Wenn dieses Gebilde fällt, ist es völlig egal, wie dann die Währung heißt.

Werner Rätz, Attac-Koordinierungskreis

[www.attac.de/eurokrise](http://www.attac.de/eurokrise)



Aber es kam nicht, die EU setzte ihre geballte Erpressungsmacht ein und zerstörte das griechische Experiment. Das war eigentlich nicht anders zu erwarten gewesen. Welche europäische Regierung oder politische Kraft hätte ein Interesse an einem Kompromiss mit Syriza haben können? Die harten Neoliberalen sowieso nicht, schon gar nicht, wenn sie Länder wie Spanien, Portugal, Zypern oder Irland regierten, wo sie sozialdemokratische Regierungen abgelöst und deren gegen die Interessen der Bevölkerung gerichtete Politik noch verschärft hatten. Denen war vollkommen klar, dass sie die nächsten Wahlen nicht

Vereinbarungen gesucht hätten. Das geschah nirgendwo, und so ist der 13. Juli nicht in erster Linie eine Niederlage von Syriza, sondern der europäischen Linken. Nicht griechische PolitikerInnen sind zu kritisieren, weil sie dies nicht bedacht oder jenes nicht gefordert hätten, sondern die Antiausteritätsbewegungen sind europaweit so schwach, dass sie nichts bewegen konnten. Daran hätte auch ein Plan B seitens Syriza nichts geändert. Jede andere Behauptung stellt sich der eigenen Verantwortung für die Niederlage nicht und verschiebt sie auf griechische Regierungspolitiker.

# Paris wird nicht liefern

**Die internationale Klimabewegung darf nicht auf den UN-Klimagipfel setzen**

Ende November bis Mitte Dezember treffen sich VertreterInnen aus 195 Nationen zum 21. UN-Klimagipfel COP21 in Paris, um ein Globales Klimaabkommen zu unterzeichnen. Unter den 40.000 TeilnehmerInnen sind Delegierte der Vereinten Nationen sowie VertreterInnen der Zivilgesellschaft. Von staatlicher Seite wird der Konferenz eine große Bedeutung zugeschrieben. In Paris soll eine neue internationale Klimaschutz-Vereinbarung in der Nachfolge des Kyoto-Protokolls verabschiedet werden. Auch KlimaaktivistInnen aus ganz Europa werden nach Paris reisen und die Konferenz mit Aktionen und Protesten kritisch begleiten.

Wenn sich vom 30. November bis zum 11. Dezember 2015 die Staats- und Regierungschefs zu einer neuen Runde der Klimaverhandlungen treffen, dann lässt sich bereits heute eins sagen: Sie werden keine Antworten auf die wichtigen Fragen der Klimakrise finden. Sie werden weder das Thema Klimagerechtigkeit diskutieren, noch werden sie den eigentlichen Ursachen des Klimawandels auf den Grund gehen. Auch werden sie ihr Weltwirtschaftssystem, das nach ungebremsstem Wachstum verlangt, nicht in Frage stellen. Sie werden nicht einmal eine befriedigende Antwort zur Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen finden. In Paris wird aller Voraussicht nach ein Klimaabkommen geschlossen. Dieses wird jedoch nicht das beinhalten, was nötig ist: ein Umdenken und ein Verändern der bisherigen Strukturen. Deshalb wird Paris nicht liefern.

Aus diesem Grund stellt sich für viele Klimabewegte in den sozialen Netzwerken die Frage, ob die Klimaverhandlungen in Paris nicht einfach ignoriert werden sollten, ob es überhaupt sinnvoll ist, nach Paris zu fahren und dort dem Protest Ausdruck zu verleihen. Auch innerhalb von Attac wurde dieses Thema kontrovers diskutiert.

Für die meisten Beteiligten war von Anfang an klar, dass Proteste in Paris nur dann etwas bewirken, wenn sie sich von denen in Kopenhagen deutlich unterscheiden, wenn Paris nicht überhöht wird, sondern ein Ereignis unter vielen ist. Ein Termin, der sich einreihet in eine Folge von Aktionen und Protesten, die ein Ziel verfolgen: den Aufbau einer internationalen Klimabewegung. Eine Bewegung, die gemeinsam agiert, die sich



solidarisch zueinander verhält und dennoch Platz für die eigenen lokalen Klimakämpfe lässt.

Als sich die internationale Klimabewegung nach der Attac-Sommer-Universität letzten Jahres traf, wurde lange und intensiv darüber diskutiert. Insbesondere einige größere NGOs taten sich mit diesem Ansatz von Anfang an schwer. Dennoch hat sich in großen Teilen endlich die Erkenntnis durchgesetzt, dass die Klimabewegung keinen Einfluss auf die Verhandlungen hat, und dass wir erst recht nichts von ihnen erwarten.

Unter diesen Voraussetzungen kann Paris doch einiges bewegen. Bereits im Vorfeld zeigt sich, wie die Vernetzung der einzelnen Initiativen erste Früchte trägt. Die Aktion von „Ende Gelände“ im Rheinland im August dieses Jahres war auch deswegen so stark, weil sich viele AktivistInnen aus ganz Europa beteiligt haben. Der lokale Kampf gegen neue Tagebaue und für ein Ende der Braunkohleverstromung wurde somit zu einem internationalen Kampf für den Klimaschutz. Die Anti-Kohle-Bewegung hat damit einen enormen Schub bekommen. Weitere lokale Aktivitäten, die auch von Attac-Gruppen

getragen werden, können die Folge sein. Für die Zukunft sollte uns das optimistisch stimmen. Das Grundkonzept passt. Es muss nicht nur im Rheinland zur Anwendung kommen, sondern überall in Europa, wo ähnliche Klimakämpfe stattfinden.

Wenn Paris etwas liefern kann, dann den Auftakt oder die Wiederbelebung einer echten Klimabewegung. Das kann der beginnenden Vernetzung der Initiativen weiteren Schwung verleihen. Auch sollte das aller Wahrscheinlichkeit nach geschlossene Klimaabkommen nicht einfach unwidersprochen in der politischen Landschaft hingenommen werden. Und zu guter Letzt sollten auch diejenigen, die auf vielfältige Art die Proteste vor Ort organisieren, auf unsere Solidarität setzen können. Deshalb sollten wir den Gipfel nicht völlig ignorieren. Alle, die aus unterschiedlichen Gründen nicht nach Paris fahren können, sollten ihre Aktionen hierzulande aktiv mit den dort stattfindenden Prozessen abstimmen.

**Stefan Taschner**, Attac-AG Energie, Klima, Umwelt

[www.attac-netzwerk.de/ag-eku](http://www.attac-netzwerk.de/ag-eku)



# Stadtwerke bleiben in öffentlicher Hand

**Attac Augsburg feiert Erfolg mit Bürgerentscheid**



Bürgerentscheid in Augsburg. Ein mehr als eindeutiges Ergebnis. Die Stadtwerke Augsburg sollen weiterhin zu 100 Prozent im Besitz der Stadt und damit seiner Bürger und Bürgerinnen bleiben. Ein Einstieg des Thüga-Konzerns in die Energiesparte der Stadtwerke wird mit 72,2 Prozent der Wählerstimmen abgelehnt. Das ist eine vernichtende Niederlage der politischen Parteien und des Stadtrats, der mit übergroßer Mehrheit den Einstieg des Konzerns befürwortet hatte. Es ist ein großer Erfolg der Bürgerinitiative (BI) „Augsburger Stadtwerke in Augsburger Bürgerhand“ und für Attac Augsburg, aus deren Klima-AK die Bürgerinitiative hervorgegangen war und die den Sprecher, die Initiatoren und einen Großteil der Aktiven der BI gestellt hatte.

Vorausgegangen waren acht Monate intensiver Auseinandersetzung mit großer öffentlicher Anteilnahme. Auch überregionale Medien hatten berichtet. Die Fusionsbetreiber hatten eine gewaltige Werbekampagne gestartet und dafür 5 Millionen Euro ausgegeben. Nur durch die beabsichtigte Fusion sei Expansion, Wachstum, Sicherung der Energieversorgung und der Arbeitsplätze möglich. Die BI hielt dagegen: Nur eine Daseinsvorsorge vollständig in kommunaler Hand garantiere das Gemeinwohl und sichere auch die Arbeitsplätze der Stadtwerke-Kollegen. Die Tür für Privatisierungen dürfe keinen Spalt breit geöffnet werden. Die BI konnte

als Alternative ein Energiekonzept zu einer dezentralen Energiewende präsentieren, das schon zwei Jahre vorher als „Energiedemokratie für Augsburg“ von Attac Augsburg der Öffentlichkeit vorgestellt worden war und das große Unterstützung, auch aus Fachkreisen, erhalten hatte.

Ein erstes Bürgerbegehren, das die BI vorgelegt hatte, war vom Stadtrat als unzulässig abgelehnt worden. Wir haben dagegen Klage vor dem Verwaltungsgericht erhoben. Doch vor einer Gerichtsentscheidung wäre die Fusion durchgesetzt worden. Ein zweites Bürgerbegehren wurde gestartet. Innerhalb von vier Wochen gelang es uns erneut, die notwendige Zahl der Unterschriften weit zu übertreffen und damit einen Bürgerentscheid zu erzwingen. Der Stadtrat setzte nun ein Ratsbegehren dagegen, das beim Bürgerentscheid jedoch nur 34 Prozent Zustimmung erhielt. Den Parteien waren ihre eigenen Wähler und Unterstützer davongelaufen.

Während die Gegenseite Millionen Euro für ihre Kampagne einsetzte, war unsere Stärke das Engagement unserer Aktiven. 120.000 Flyer und 30.000 Postkarten konnten wir so verteilen und Stadtteilveranstaltungen realisieren, finanziert über Spenden von Bürgern. So konnte die BI in ihrer Presseerklärung am Tag des Erfolges feststellen:

„Das ist ein großer Tag der Demokratie in Augsburg. Es ist ein Symbol für die Klugheit

## Attac vor Ort

Wenn Sie Interesse haben, selbst aktiv zu werden, klinken Sie sich doch bei einer der etwa 200 lokalen Attac-Gruppen oder bei einer der bundesweiten Arbeits- und Projektgruppen ein.

Die jeweiligen Kontaktadressen finden Sie im Internet unter „Mitmachen“.

Sie können sie auch in unserer Zentrale telefonisch erfragen unter:

069-900 281-10

der Augsburger. Sie ließen sich nicht durch die gewaltige Medien- und Propagandawelle der Fusionsbetreiber, die aus den Gebühren der Bevölkerung finanziert wurde, irritieren. Die Abstimmung ist ein eindeutiges Votum dafür, dass die Daseinsvorsorge der Stadt in den Händen der Bürger bleiben muss. Sie muss dem Gemeinwohl dienen und nicht den Profitinteressen von Konzernen unterworfen werden ...“.

Der Erfolg dieses Bürgerentscheides kommt nicht von ungefähr. Aus den Reihen von Attac Augsburg wurden in den vergangenen Jahren insgesamt vier Bürgerbegehren angestoßen, die alle auch ohne Bürgerentscheid erfolgreich verlaufen waren: Der Verkauf des Klärwerks und des Trinkwasserschutzgebietes der Stadt und der Bau eines Großkraftwerkes durch Blackstone konnten verhindert werden, indem jeweils Massenbewegungen in der Bürgerschaft initiiert werden konnten. „Daneben“ liefen unsere „sonstigen“ Aktivitäten weiter: eine Kampagne zu TTIP mit zahlreichen Veranstaltungen und eigener Attac-Augsburg-Demo mit 700 Teilnehmern, Attac-Filmreihen, eine antikapitalistische Diskussionsreihe, zwei Vereine, sechs Arbeitsgruppen, der Aufbau von Betrieben der Solidarischen Ökonomie und natürlich auch Feste feiern (machen wir besonders gerne).

Attac Augsburg versteht sich als außerparlamentarische Bewegung – mit klarem Profil.

**Bruno Marcon, Attac Augsburg**

[www.energiewende-augsburg.de](http://www.energiewende-augsburg.de)



„Kein Einlass in die EZB“



„Sommerakademie 2015 in Marburg“

## Rückblick

16. Juli 2015

### Attac-Aktive verlangen Einlass in die EZB

Schäuble und Co. haben dem griechischen Ministerpräsidenten Tsipras die Pistole an die Schläfe gehalten und ihn zur Unterschrift unter ein Kürzungsdiktat gezwungen, das noch mehr Menschen in Not bringen wird. Attac-Aktive versuchen daraufhin, in die Europäische Zentralbank in Frankfurt am Main zu gelangen, um EZB-Präsident Mario Draghi zu sprechen. Sie fordern, die nächste Schuldentranche Griechenlands auszusetzen sowie die Geldversorgung der Zentralbank und der Geschäftsbanken Griechenlands sicherzustellen. Mittelfristig fordern sie einen Schuldenerlass. Ohne Begründung verweigert die EZB den AktivistInnen den Einlass, die daraufhin spontan eine Kundgebung vor dem Gebäude EZB abhalten.

30. Juli 2015

### Offener Brief: Gesamtkonzernsteuer nicht weiter blockieren!

Trotz der bekannten Steuertricks vieler Konzerne blockiert die deutsche Regierung die geplante EU-Richtlinie für eine einheitliche Unternehmenssteuer. In einem offenen Brief fordert Attac Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble und seine KollegInnen in den Bundesländern auf, die Einführung einer Gesamtkonzernsteuer in der EU nicht länger zu verhindern.

5. bis 9. August 2015

### 500 diskutieren bei Sommerakademie Alternativen

500 GlobalisierungskritikerInnen aus dem ganzen Bundesgebiet kommen in Marburg zur Attac-Sommerakademie zusammen. In mehr als 100 Seminaren, Workshops und Podiumsdiskussionen setzen sie sich mit der neoliberalen

Globalisierung auseinander und diskutieren neue Positionen. Gemeinsam stellen sie fest: Attac muss den Widerstand gegen die europaweite Kürzungspolitik weitertreiben, sich gegen die Freihandelsabkommen TTIP und CETA einsetzen und Wege in eine Gesellschaft ohne Wachstumszwang suchen.

20. August 2015

### TTIP-Spot von Attac im Vorprogramm des Yes-Men-Films

Zusammen mit dem Kinofilm „Die Yes Men – Jetzt wird's persönlich“ zeigen zahlreiche Kinos auch eine Kurzfassung des neuen Attac-Videoclips „TTIP – Der große Demokratieabbruch“. Lokale Attac-Gruppen beteiligen sich an Aufführungen mit Infoveranstaltungen und -ständen.

[www.attac.de/ttip-spot](http://www.attac.de/ttip-spot)

1. September 2015

### Bündnis warnt vor weiterer Ökonomisierung im Gesundheitswesen

Attac, Verdi, der Paritätische Wohlfahrtsverband und weitere Bündnispartner fordern von der Bundesregierung, auf die Einführung von Fallpauschalen in der Psychiatrie und Psychosomatik (PEPP) zu verzichten. Diese würden zu einer weiteren Ökonomisierung des Umgangs mit hilfebedürftigen Menschen führen. Gemeinsam stellt das Bündnis einen 10-Punkte-Katalog für ein alternatives Versorgungs- und Entgeltsystem vor.

3. September 2015

### Thesen zur Debatte um Griechenland und den Euro

Der Attac-Koordinierungskreis veröffentlicht ein Thesenpapier zur Debatte um Griechenland und den Euro. Die zentrale Aussage: Statt über einen Austritt Griechenlands aus dem Euro oder dessen Abschaffung zu diskutieren, gilt es, die neoliberalen Verträge rund um den Euro aufs Korn zu nehmen.

[www.attac.de/news/8342](http://www.attac.de/news/8342)

10. September 2015

### UNO beschließt Prinzipien zum Umgang mit Staatsschulden

136 Nationen – die übergroße Mehrheit – stimmen in der UN-Generalversammlung für eine Resolution im Umgang mit überschuldeten Staaten. Das ist ein starkes Signal im jahrzehntelangen Kampf für eine internationale Insolvenzordnung. Der Skandal: Deutschland, die USA, Großbritannien, Kanada, Israel und Japan lehnen den Antrag ab; die übrigen EU-Länder enthalten sich. Sie wollen sich die Möglichkeit, andere Staaten mit einer verheerenden Schuldenpolitik zu unterdrücken, nicht nehmen lassen – siehe Griechenland.

23. September bis 10. Oktober 2015

### Stop-EPAs-Tour mit ReferentInnen aus Ghana und Kamerun

Die öffentliche Kritik an TTIP und CETA ist groß. Was die meisten hierzulande nicht wissen: Die EU zwingt auch vielen anderen Ländern Freihandelsverträge auf. Bei einer von Attac, Brot für die Welt und dem Forum Umwelt und Entwicklung organisierten „Stop-EPAs-Tour“ begründen SprecherInnen aus Westafrika ihre Kritik an den so genannten „Wirtschaftspartnerschaftsabkommen“ (EPAs) der EU mit Afrika. Die Tour führt durch zehn deutsche Städte und endet auf der Demo „TTIP und CETA stoppen!“ in Berlin.

30. September 2015

### Fluchtursachen Made in Germany

Attac fordert die Bundestagsabgeordneten auf, keiner weiteren Verschärfung des Asylrechts zuzustimmen. Stattdessen gilt es, endlich zentrale Fluchtursachen wie die zerstörerische Freihandelspolitik der EU oder die massiven Waffenexporte aus Deutschland zu beseitigen. Unter dem Titel „Fluchtursachen Made in Germany“ veröffentlicht der Attac-Koordinierungskreis ein Positionspapier zum Thema.

[www.t1p.de/Fluchtursachen-Made-in-Germany](http://www.t1p.de/Fluchtursachen-Made-in-Germany)





„3,2 Millionen Unterschriften gegen TTIP“



„250.000 Menschen bei TTIP-Demo in Berlin“

7. Oktober 2015

### 3,2 Millionen Unterschriften für selbstorganisierte Bürgerinitiative „Stop TTIP“

Mehr als drei Millionen Menschen haben europaweit die selbstorganisierte Europäische Bürgerinitiative (sEBI) gegen TTIP und CETA unterschrieben – binnen eines Jahres. „Stop TTIP“ ist damit erfolgreicher als jede andere Europäische Bürgerinitiative bisher. Bei einer Aktion vor dem EU-Kommissionsgebäude in Brüssel übergibt das sEBI-Bündnis die 3,2 Millionen Unterschriften.

10. Oktober 2015

### 250.000 gegen TTIP und CETA: Bundesregierung muss Reißleine ziehen

250.000 Menschen gehen in Berlin gegen die geplanten Freihandelsabkommen der EU mit den USA und Kanada auf die Straße. Die Demo unter dem Motto „TTIP und CETA stoppen – Für einen gerechten Welthandel!“ zeigt: TTIP ist in Deutschland nicht durchsetzbar. Die Bundesregierung muss endlich die Reißleine ziehen und die Verhandlungen der EU-Kommission stoppen. Es ist Zeit für einen Kurswechsel weg von Konkurrenzdenken und Wettbewerb hin zu einer EU-Handelspolitik im Interesse der Menschen und ihrer Bedürfnisse. Attac gehört gemeinsam mit rund 30 weiteren Organisationen zum Trägerkreis der Demo.

15. bis 17. Oktober 2015

### Protest gegen Austerität und EU-Flüchtlingspolitik in Brüssel

„Oxi! Basta! Enough! Bauen wir ein anderes Europa auf!“ Unter diesem Motto kommen AktivistInnen aus vielen europäischen Ländern in Brüssel zu Aktionstagen zusammen. Der Widerstand richtet sich gegen die neoliberale Austeritäts- und Handelspolitik der EU sowie den inhumanen Umgang mit Flüchtenden. Attac ruft mit zu den Protesten auf und beteiligt sich insbesondere mit einer Europäischen Schuldenkonferenz an den Aktionstagen.

## Ausblick

6. bis 8. November 2015

### Attac-Herbstratschlag in Mannheim

Das Attac-Netzwerk trifft sich zum Herbststratschlag in der Waldorfschule Mannheim. Der Ratschlag ist das höchste Entscheidungsgremium von Attac. Neben inhaltlichen und strategischen Entscheidungen stehen die Verabschiedung des Haushalts und Wahlen der bundesweiten Gremien an.

[www.attac.de/ratschlag](http://www.attac.de/ratschlag)

7. und 8. November 2015

### Aktionskonferenz in Leipzig bereitet Klimaproteste vor

Die bundesweite Attac-Arbeitsgruppe Energie, Klima und Umwelt lädt zu einer Aktionskonferenz in Hinblick auf die Klimakonferenz in Paris ein. Die Aktionskonferenz dient zur Planung von Protest und Widerstand rund um die COP21 in Paris Ende des Jahres.

[www.ende-gelände.org](http://www.ende-gelände.org)

21. November 2015

### Diskutieren und vernetzen: Attac-Regionaltag in Duisburg

Ob erfahren oder erst mal nur neugierig: Der Attac-Regionaltag Nordrhein-Westfalen bietet Gelegenheit, andere Aktive aus der Region kennenzulernen, Erfahrungen auszutauschen und sich zu vernetzen. Im Mittelpunkt der Diskussion bei dem Treffen in Duisburg stehen die globalen Ursachen von Flucht und Migration. Außerdem werden Praxis-Workshops angeboten.

[www.attac.de/cal/11784](http://www.attac.de/cal/11784)

27. November 2015

### Seminar Quo vadis Europa?

Der Wissenschaftliche Beirat und der Koordinierungskreis von Attac setzen ihre Seminarreihe zum Thema EUropa fort. Bei dem Seminar in der Jugendherberge Kassel geht es um Strategien einer emanzipatorischen Europapolitik

und die Frage, wie viel und welche Integration wir für Europa wollen. Voranmeldungen bitte per E-Mail an [christoph.mayer@attac.de](mailto:christoph.mayer@attac.de)

30. November bis 11. Dezember 2015

### UN-Klimakonferenz COP21 in Paris

195 Nationen treffen sich in Paris, um ein Globales Klimaabkommen zu unterzeichnen. 40.000 TeilnehmerInnen werden erwartet, darunter Delegierte der Vereinten Nationen sowie VertreterInnen der Zivilgesellschaft. KlimaaktivistInnen aus ganz Europa werden die Konferenz mit Aktionen und Protesten kritisch begleiten.

[www.cop21.gouv.fr/en](http://www.cop21.gouv.fr/en)

16. Januar 2016

### Wir haben es satt: Demo in Berlin

Das „Wir haben es satt“-Netzwerk ruft zur Agrarwende auf. Der Lebensmittelproduktion von großen Agrarkonzernen, die auf Dumpingpreise setzen, muss ein Ende gesetzt werden. Stattdessen gilt es, BäuerInnen, ökologische Landwirtschaft und faire Marktbedingungen zu fördern. Attac gehört zu den Trägerorganisationen.

[www.wir-haben-es-satt.de](http://www.wir-haben-es-satt.de)

3. bis 7. August 2016

### Save the date: Attac-Sommerakademie

Jetzt schon mal notieren: Das Datum für die Attac-Sommerakademie 2016 steht fest. Die Sommerakademie ist die zentrale Bildungsveranstaltung von Attac. Sie bietet Vorträge, Diskussionen und Workshops zu klassischen Themen der Globalisierungskritik und zu aktuellen Entwicklungen, ein buntes Kulturprogramm und viele Gelegenheiten für Begegnungen. Die Ortsangabe und weitere Infos folgen demnächst.

[www.attac.de/sommerakademie](http://www.attac.de/sommerakademie)

Mehr Informationen zu den Terminen:

[www.attac.de/veranstaltungen](http://www.attac.de/veranstaltungen)

## Menschen in Attac

# Es braucht mehr Widerstand gegen EPAs

Henrike Bloemen, 23, studiert International Governance in Münster. Im Anschluss an ihr Praktikum bei Attac begleitete sie die RednerInnen der „Stop EPAs“-Tour von Attac und Brot für die Welt auf dem ersten Teil der Tour durch Deutschland.

## Henrike, woher rührt Dein politisches Engagement, und wie bist Du zu Attac gekommen?

Ich bin schon früh politisiert worden, daran ist wohl mein Vater schuld. Er war lang lokalpolitisch aktiv, hat sich später dann ehrenamtlich bei Amnesty International (AI) engagiert. Ich habe viel mit ihm diskutiert, und sein Engagement hat mich sehr geprägt. Mit 15 Jahren habe ich dann gemeinsam mit einem Freund selbst eine AI-Jugendgruppe gegründet, bis mir das irgendwann nicht mehr genug war.

Von meinem Politikstudium hatte ich mir ursprünglich mehr Möglichkeiten des politischen Engagements erhofft; das ist so nicht eingetreten, aber ich denke, dass es mich darin weitergebracht hat, aktuelle gesellschaftliche Prozesse auch tiefer gehend zu verstehen und zu analysieren.

Die ersten beiden Jahre habe ich in Lille, Frankreich, studiert – das hat mich dann auch zu Attac gebracht: Über Attac Frankreich kam ich zu Attac Deutschland.

## Welche Erfahrungen hast Du im Praktikum von Attac machen können?

Ich fand es unglaublich spannend, einen Einblick in die Arbeit des Bundesbüros zu bekommen und vertieft in die Thematik einzusteigen. Ich muss dazu sagen, dass ich das große Glück hatte, mein Praktikum mit der Sommerakademie zu beginnen und mit der „Stop EPAs“-Tour zu beenden. Ich habe dort jeweils sehr inspirierende Menschen kennengelernt und konnte tolle Impulse und Anregungen daraus mitnehmen.

## Erzähl' doch mal von der Tour – wie lief sie, was war Deine Aufgabe als Begleiterin der Tour, wie hast Du die Veranstaltungen erlebt?

Die „Stop EPAs“-Tour war und ist eine wichtige Sache, denn diese Wirtschaftspartnerschafts-Abkommen sind bereits seit 2002 ein brisantes Thema, das aber bislang recht wenig öffentlich ist. Die Tour führte zwei Wochen lang durch Städte in ganz Deutschland – von München unter anderem über Stuttgart, Mannheim und Bielefeld bis nach Berlin, wo passend zur Stop-TTIP-Demo die Abschlusskundgebung stattfand. Ich habe die RednerInnen der Tour, AktivistInnen aus Ghana und Kamerun, auf dem ersten Teil der Tour begleitet und habe hinter den



Kulissen an einem reibungslosen Ablauf mitgearbeitet. So konnte ich verschiedene Veranstaltungen vergleichen und mich auch auf der Reise näher mit den Speakern austauschen.

Jede dieser Veranstaltungen war anders; spannend waren die teils sehr persönlichen und anschaulichen Beispiele der ReferentInnen und der Austausch zwischen ihnen und dem Publikum. Nicht immer wurde dabei die Chance des Austausches genutzt; häufig trat dann doch wieder TTIP thematisch in den Vordergrund. Doch auch wenn es wichtig ist, Parallelen zu erkennen, spielen die EPAs eine ganz eigene Rolle und produzieren eine ganz andere, dramatische Wirklichkeit.

Dazu gab es immer viele interessierte Nachfragen – und vor allem diese: Was können wir konkret tun? Was kann jedeR einzelne von uns ändern? Was ist Hilfe, was ist Hindernis? Bewegend fand ich dazu den Appell der Speaker: Es braucht mehr Widerstand und Öffentlichkeitsarbeit von Seiten der europäischen Zivilgesellschaft! Der afrikanische Widerstand ist bereits sehr groß; er wird jedoch nur gehört werden, wenn sich auch hier sichtbarer Widerstand formiert.

## Nach Deinen bisherigen Erfahrungen: Was würdest Du Dir in Attac anders wünschen? Und wie geht es mit Deinem eigenen Engagement weiter?

Ich finde Attac ein sehr spannendes und wichtiges Netzwerk; ich würde mir für die Zukunft wünschen, dass sich mehr junge Menschen, mehr Frauen, mehr nicht-weiße und mehr nicht-ableisierte Menschen bei Attac einbringen und Gehör finden.

## Update Gemeinnützigkeit

Wir können an dieser Stelle leider immer noch keine positiven Neuigkeiten vermelden: Der Status Quo der Attac-Gemeinnützigkeit ist nach wie vor unverändert. Das Finanzamt Frankfurt hatte Attac im April 2014 die Gemeinnützigkeit entzogen und hat bis heute (Redaktionsschluss 20.10.) über den unmittelbar danach eingelegten Widerspruch nicht entschieden. Für Attac ist das eine anhaltend große Belastung, denn abgesehen davon, dass wir unseren Spenderinnen und Spendern derzeit keine Zuwendungsbescheinigungen ausstellen können, bringen wir für die Auseinandersetzung mit dem Finanzamt viel Zeit und Energie auf, die an anderer Stelle fehlt.

Wir fordern, dass Organisationen wie Attac, die sich selbstlos im Sinne der Allgemeinheit für soziale Gerechtigkeit, einen gerechten Welthandel und Umverteilung großer Vermögen einsetzen, nicht durch den Entzug der Gemeinnützigkeit für ihr Engagement bestraft werden dürfen. Denn politische Willensbildung darf nicht den Parteien und Lobbyverbänden überlassen bleiben. Attac bleibt gemeinnützig!

Was mich selbst betrifft: Die „Stop EPAs“-Tour hat mich sehr bewegt und inspiriert; ich möchte mich nun weiter dafür einsetzen, dass diese Abkommen auch in Europa bekannter werden. Es ist erschreckend, wie schwach und ungehört der Protest gegen EPAs ist, auch und gerade im Vergleich zu den Protesten gegen TTIP.

Außerdem haben mein „Mitpraktikant“ David und ich auf der Sommerakademie festgestellt, dass innerhalb von Attac ein großes Bedürfnis besteht, sich mit den Zusammenhängen von Globalisierung und Migration zu beschäftigen. Deshalb stoßen wir jetzt die Gründung einer entsprechenden bundesweiten Attac-AG zu dem Thema an. Wir wollen unseren Fokus auf Globalisierung als Fluchtursache legen und wollen aufzeigen, welche Rolle gerade auch Europa, die europäischen Institutionen und die multinationalen Konzerne spielen und was geändert werden könnte und müsste.

Unsere AG steckt noch in den Kinderschuhen, darum suchen wir nach weiterer Unterstützung, Tatkraft, Motivation und guten Ideen. Wer Interesse hat, bei der AG Globalisierung und Migration mitzumachen, soll sich bitte gern bei uns melden – wir freuen uns über Mails an [migration@listen.attac.de](mailto:migration@listen.attac.de)

Interview: Jule Axmann



## Wirtschaft demokratisch gestalten lernen

Seit einigen Jahren veröffentlichen privatwirtschaftliche Lobbygruppen zunehmend kostenlose Bildungsmaterialien für Schulen, die durch deren spezifische Interessen und Sichtweisen auf ökonomische Prozesse geprägt sind. Dies hat jüngst eine vergleichende Untersuchung von Bildungsmaterialien zur Eurokrise in Deutschland und Frankreich bestätigt. Das Ergebnis: Die meist staatlich herausgegebenen Materialien in Frankreich folgen überwiegend einer keynesianischen Sicht auf die Eurokrise, während in den mehrheitlich privat produzierten Materialien in Deutschland eine neoklassische Perspektive dominiert. Mit dem Bildungsmaterial von Attac „Europa nach der Krise?“, das wir Anfang Dezember veröffentlichen, tragen wir dazu bei, eine problematische Lücke zu schließen.

Verknüpfung der Lerngegenstände mit aktivierenden Methoden und insbesondere kooperativen Lernformen. So eignen sich die Materialien zum großen Teil sowohl für den Einsatz im Unterricht als auch in der Bildungsarbeit von Gewerkschaften, Verbänden und freien Trägern der politischen Bildung. Die einzelnen Elemente des Materials sind unterschiedlich voraussetzungs-voll. Es gibt einführende Materialien, die in der Sekundarstufe I beziehungsweise in außerschulischen Gruppen ohne größere Vorkenntnisse eingesetzt werden können. Andere eignen sich eher zur Vertiefung in der Sekundarstufe II und anderen Lerngruppen mit entsprechenden Grundkenntnissen.

In den Bildungsmaterialien spiegelt sich das Selbstverständnis von Attac als internationales Netzwerk und als Bildungsbewegung mit Aktionscharakter und Expertise wieder. Ein Ziel ist es, das Handlungsrepertoire sozialer Bewegungen

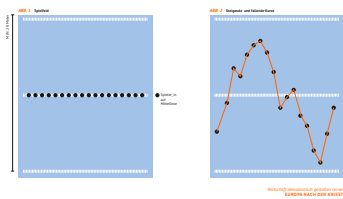
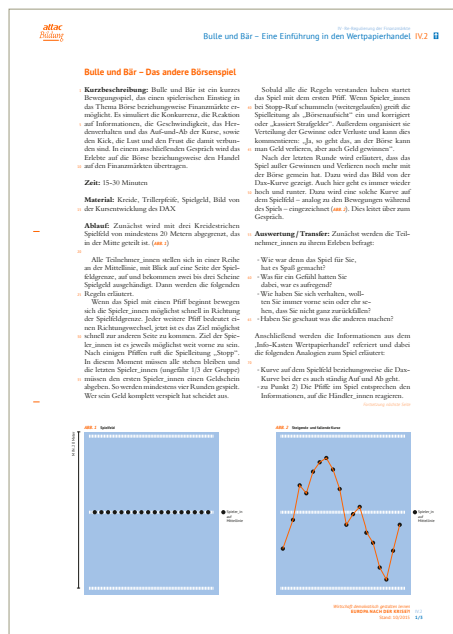
erweitern. In diesem Sinne machen die Materialien Lernangebote, die bestimmte Perspektiven eröffnen und laden zur Diskussion ein – es geht nicht darum, die Lernenden zu manipulieren oder gar zu indoktrinieren.

Wie auch die diesjährige Entwicklung in Europa zeigt, wird das Thema Eurokrise in den nächsten Jahren weiter aktuell bleiben. Daher ist der Titel „Europa nach der Krise?!“ bewusst offen gehalten. Die Materialien greifen Themenfelder auf, die im Kontext der Krise relevant sind (etwa die Regulierung der Finanzmärkte) und machen sie anhand exemplarischer Auseinandersetzungen (etwa um die Finanztransaktionssteuer) bearbeitbar. Sie zielen darauf, ein Grundverständnis der jeweiligen Politikfelder und ihrer Relevanz in der Krise, das anhand entsprechender tagespolitischer Debatten vertieft werden kann, zu erreichen.

Das Material ist in fünf Module gegliedert. Jedes Modul beginnt mit einer kurzen fachlichen Einführung, einem knappen didaktischen Kommentar zu den einzelnen Elementen. In Modul I geht es um die zunehmend ungleiche Verteilung gesellschaftlichen Reichtums, insbesondere um die Frage der Steuerpolitik und ihrer Rollen bei der Verteilung der finanziellen Belastungen aufgrund der Krise. Modul II thematisiert den Verlauf der Krisen, von den Ursachen der Finanzkrise, über die Bankenkrise bis hin zur Staatsfinanzierungskrise in Europa. Modul III beschäftigt sich mit Fragen der Finanzmarktregulierung in Europa und greift dabei exemplarische Konflikte um die Einführung einer Finanztransaktionssteuer und die Rolle der EZB heraus. Modul IV behandelt den Streit um die wirtschaftlichen Ungleichgewichte in der Eurozone und seine Bedeutung für verschiedene soziale Gruppen und politische Akteure. Modul V thematisiert schließlich die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Kürzungspolitik in den Krisenländern sowie die fehlende demokratische Legitimation zentraler Akteure (Stichwort ‚Troika‘) und fragt nach möglichen Alternativen.

Die rund 120 Seiten umfassende Sammlung von Arbeitsblättern und interaktiven Methoden bildet den Auftakt einer Reihe, in der künftig unter dem Motto „Attac Bildung: Wirtschaft demokratisch gestalten lernen“ weitere Materialien erscheinen werden. Erarbeitet werden sie von einer weitgehend ehrenamtlichen Gruppe mit vielfältigen Erfahrungen in der schulischen und außerschulischen Bildungsarbeit. Dementsprechend wurden die Materialien für den Einsatz in beiden Bereichen entwickelt. Ein zentrales Prinzip ist die

zu thematisieren. Ein anderes Anliegen ist es, Gegenexpertisen zu den vorherrschenden neoklassischen Sichtweisen auf wirtschaftliche Prozesse einzubringen. Es geht um die Abschätzung der Wirkung unterschiedlicher ökonomischer Theorien sowie darauf basierender Politiken in ökonomischer wie sozialer und ökologischer Hinsicht. Damit verbunden ist die Thematisierung von sozialen Ungleichheiten, Interessengegensätzen, Machtasymmetrien und systemischen Zwängen. Und nicht zuletzt geht es darum, die vielfach national beschränkten Debatten über internationale Prozesse multiperspektivisch zu



# „Wir haben das letzte Wort!“

UN-Klimagipfel vom 30. November bis 11. Dezember 2015 in Paris



Die Debatten in der Klimabewegung waren in einem Punkt einhellig: Die Mobilisierung zum 21. UN-Klimagipfel nach Paris (COP21) sollte nicht zu einer zweiten Kopenhagen-Depression führen. 2009 hatten Umweltverbände und Graswurzelbewegung versucht, mit Kampagnen und großen Demonstrationen Druck auf die Verhandlungen des COP15 in „Hopenhagen“ auszuüben – als der Gipfel scheiterte, erschien auch die Mobilisierung gescheitert. Die Erwartungen an den diesjährigen Klimagipfel in Paris sind weitaus abgeklärter. Weite Teile der Klimagerechtigkeits-Bewegung gehen nicht davon aus, dass die UNFCCC die Klimakrise lösen wird, da sie nur Maßnahmen verhandelt, die innerhalb der Logik von Wachstum und Profit operieren. Aber auch die Coalition Climate 21, in der sich 130 verschiedene politische Gruppen und Nichtregierungsorganisationen – darunter auch Attac – zusammengeschlossen haben, setzen bewusst den Schwerpunkt ihrer Mobilisierung auf das Ende der Konferenz, um zu signalisieren: Unsere Aktionen sind kein Appell an die PolitikerInnen – unsere Aktionen zeigen vielmehr, dass die Bewegung der maßgebliche Akteur ist und „das letzte Wort“ hat. „We are the ones we have been waiting for“ lautet entsprechend der Slogan von 350.org für den 12. Dezember. An diesem Tag – bewusst nach Abschluss der Konferenz – wird zu Demonstrationen und massenhaften Blockaden von Straßen und Infrastruktur rund um das Konferenzgelände aufgerufen. Mittels symbolischer „roter Linien“

soll markiert werden, welche Grenzen auf keinen Fall übertreten werden dürfen, wenn wir einen für alle lebenswerten Planeten erhalten wollen. Während der Blockaden soll sich in großen Assemblies darüber ausgetauscht werden, welche Aktionen von der Bewegung ausgehen müssen, damit diese roten Linien auch tatsächlich nicht übertreten werden. Darüber hinaus rufen Graswurzelgruppen zu den „Climate Games“ auf, zu selbstorganisierten Kleingruppenaktionen, die zwei Wochen lang mit „kreativem Unfug“ den Betrieb von fossilen Konzernen, Lobbyzentralen und Greenwashing-Propaganda mächtig durcheinanderbringen werden.

## cOalitiOn 21 climat

Umstritten in der Coalition Climat 21 ist die Demonstration am 29. November, zu der große Umweltorganisationen wie Avaaz, WWF, Gewerkschaften und Kirchen aufrufen, da Datum und Zielsetzung nicht zur Devise „Wir haben das letzte Wort“ passen. Parallel zum Marsch durch Paris wird es Demonstrationen in den meisten Hauptstädten der Welt geben, unter anderem in Berlin.

## Attacademie

Im Januar startet der nächste Attacademiekurs, die Weiterbildungsmöglichkeit für GlobalisierungskritikerInnen. Im Fokus stehen diesmal ökonomische Theorien: 6 Seminare in 9 Monaten zu Methoden und Theorien ökonomischer Grundlagen und gesellschaftlicher Veränderungsprozesse sowie zur Praxis des politischen Engagements in Gruppen.

Alle Termine und Seminarinhalte:

[www.attac.de/attacademie](http://www.attac.de/attacademie)

Kontakt:

[attacademie@attac.de](mailto:attacademie@attac.de)

Anmeldung bis 10.12.2015

Neben den öffentlichkeitswirksamen Aktionen auf den Straßen treffen sich klimabewegte Menschen aus allen Kontinenten auf Vernetzungstreffen und Alternativkonferenzen. Denn Paris soll aus unserer Sicht eben nicht Fokus und Endpunkt der globalen Mobilisierung sein, sondern einer der Meilensteine, an denen die Bewegung zusammenkommt, „echte Lösungen“ für die Klimakrise stark macht und Aktionen für 2016 und danach ins Auge nimmt. Echte Lösungen, das heißt auch, die großen CO<sub>2</sub>-Quellen direkt vor unserer Haustür abzuschalten. Die Aktion „Ende Gelände“, bei der im August rund 1000 Menschen den Braunkohle Tagebau Garzweiler lahmgelegt haben, war ein Teil des Alternativprogramms zum UN-Klimagipfels, das gezeigt hat, wie wir Klimaschutz selbst in die Hand nehmen können. Damit machen wir weiter.

Weitere Informationen zu den Protesten in Paris:

[www.coalitionclimat21.org/en](http://www.coalitionclimat21.org/en)

[www.climategames.net](http://www.climategames.net)

und in Kürze über die Homepage der EKU AG.

Einzelpersonen, die die Proteste in Paris unterstützen möchten, können sich gerne an [eku@attac.de](mailto:eku@attac.de) wenden.

Wer an weiteren Aktionen gegen Braunkohleabbau interessiert ist, ist herzlich zur Aktionskonferenz „Ende Gelände – und wie weiter?“ am 7. und 8. November 2015 in Leipzig eingeladen.

**Dorothee Häußermann**, Attac-AG Energie, Klima, Umwelt



# Privatisierung der Bundesfernstraßen verhindern

Marode Infrastruktur und Investitionsstau – das sind die Schlagworte, mit denen derzeit für eine Privatisierung von Ausbau und Betrieb der Bundesfernstraßen geworben wird. Dabei orientiert sich die Bundesregierung an Handlungsempfehlungen der so genannten Fratzscher-Kommission, deren mehrheitliche Besetzung mit VertreterInnen aus Banken und Versicherungen bereits auf die neoliberale Ausrichtung des Vorhabens verweist.

Die verkehrspolitische Zukunft liegt in den Alternativen zur Straße: im Schienenverkehr, im öffentlichen Nahverkehr, bei den RadlerInnen und in der Stadt der kurzen Wege. Damit wird es schwierig, wenn die von der Fratzscher-Kommission vorgeschlagene Bundesfernstraßengesellschaft (BFG) durchgesetzt wird. Wer sich für eine bessere Bahn einsetzt, wird vielleicht bald erleben müssen, dass für den Bahnverkehr nur noch ein kleiner Teil des Verkehrshaushaltes übrigbleibt – und dass für Investitionen wegen der Schuldenbremse überhaupt kein Geld da ist. Wo ist das Geld dann?

Das Geld aus dem Haushalt ist fest für die Infrastrukturgesellschaft verbucht und ist privaten Investoren für 30 Jahre vertraglich für ÖPP-Projekte im Autobahnbau zugesichert. Dort werden auch Schulden gemacht, die nicht unter die Schuldenbremse fallen. Nichtsdestotrotz müssen sie zurückbezahlt werden, und zwar aus dem Geld von unseren Steuern und Gebühren, zuzüglich der hohen Zinsen. Dort wird die Infrastruktur



Foto: birdys / photocase.de

ausgebaut – mit deren Hilfe kann dann die Bahn niederkonkurriert werden. Wer sich für Stadtbau einsetzt, wird feststellen, dass die Zentren statt verkehrsberuhigt zu werden für riesige Busbahnhöfe Platz machen.

Denn die BFG wird eine privatrechtliche Gesellschaft sein, eine GmbH oder AG, so wie die DB AG. Dafür soll das Grundgesetz geändert werden. Das Parlament wird die BFG dann nicht mehr kontrollieren können. In der Fratzscher-Kommission hatte man eine Vorstellung davon, wie die Interessen der Mitglieder der Kommission selbst die BFG kontrollieren könnten: Die BFG soll teilprivatisiert werden. Dann säßen die Versicherungen im Aufsichtsrat und könnten die Vorstandspositionen besetzen. Auf dem Herbststratschlag wollen wir eine Kampagne vorschlagen, mit der wir das verhindern können.

**Carl Waßmuth**, Attac AG Privatisierung

## Hinweis zur Datenverarbeitung bei Attac

Ihre von Attac erhobenen persönlichen Daten werden ausschließlich für Vereinszwecke elektronisch erfasst, verarbeitet und gespeichert und nicht an Unberechtigte weitergegeben. Die Daten von Mitgliedern werden – bei Einwilligung – der jeweiligen Attac-Regionalgruppe für ihre politische Arbeit zugänglich gemacht. Wenn Sie nicht möchten, dass Ihre Daten an die Regionalgruppen von Attac weitergegeben werden, wenden Sie sich bitte an uns unter: Tel.: 069-900 281-10

E-Mail: [info@attac.de](mailto:info@attac.de)

Dort beantworten wir Ihnen auch gerne alle Fragen zum Thema Datenschutz.

Außerdem steht Ihnen als externer Ansprechpartner der von Attac bestellte Datenschutzbeauftragte zur Verfügung: [datenschutzbeauftragter@attac.de](mailto:datenschutzbeauftragter@attac.de)

## Impressum

Attac Trägerverein e. V.

Münchener Str. 48

60329 Frankfurt am Main

Tel.: 069-900 281-10

Fax: 069-900 281-99

E-Mail: [info@attac.de](mailto:info@attac.de)

Produktion: Attac Trägerverein e. V.

Redaktion: Jule Axmann, Lena Bröckl, Frauke Distelrath, Stephanie Handtmann, Karsten Peters, Werner Rätz, Gabriele Rohmann

V.i.S.d.P.: Gabriele Rohmann

## Umgezogen? Adresse falsch?

Bitte kontrollieren Sie Ihre nebenstehende Anschrift und teilen Sie uns mögliche Fehler mit.

Tel. 069-900 281-10

oder per E-Mail an:

[info@attac.de](mailto:info@attac.de)

Wenn Sie umziehen, lassen Sie uns bitte Ihre neue Adresse wissen. Die Post sendet auch bei einem Nachsendeantrag diesen Rundbrief nicht nach!

**GOGREEN**

Der CO<sub>2</sub>-neutrale Versand  
mit der Deutschen Post

# Für einen gerechten Welthandel!

Eine Viertelmillion Menschen gegen TTIP und CETA: Das war eine beeindruckende, bunte, vielfältige Demo am 10. Oktober in Berlin! Bei einem der größten Massenproteste der vergangenen Jahre forderten Menschen aus allen Teilen Deutschlands nicht nur den Stop dieser Abkommen, sondern auch gerechten Welthandel. Sie gingen für eine weltweite demokratische, soziale und ökologische Handelspolitik auf die Straße. Auf dem Weg dorthin war die Demonstration nur eine Etappe, wenn auch eine überaus beeindruckende, motivierende. Doch jetzt muss es weitergehen!

Sogenannte „Frei“-handelsverträge wie TTIP und CETA sind ein Angriff auf gesellschaftliche Errungenschaften und die Demokratie. Sie beschränken den Einfluss von Bürgerinnen und Bürgern und von gewählten Parlamenten, erweitern dagegen die Macht von Konzernen

und Finanzmärkten. Deshalb bleiben wir dran, um diese Abkommen zu kippen.

Doch ungehemmter Freihandel ist zentraler Bestandteil der neoliberalen EU-Außenhandelsstrategie. So bleiben mit Abkommen wie den EPAs in den armen Ländern des Südens Ernährungssouveränität, Ressourcen- und Klimagerechtigkeit sowie Menschenrechte auf der Strecke, wird die soziale Spaltung von Gesellschaften vorangetrieben. Will die EU Fluchtursachen ernsthaft bekämpfen, muss sie ihre Handelspolitik grundsätzlich anders ausrichten, ganz andere Abkommen abschließen und sich für einen ganz anderen Welthandel einsetzen.

**Erhöhen wir den Druck für gerechten Welthandel – Deine Spende hilft uns dabei!** Mit dem unten angehängten Überweisungsträger oder unter [www.attac.de/spenden](http://www.attac.de/spenden) kannst Du uns ganz unkompliziert unterstützen – herzlichen Dank!



## Hinweis

Aktuell können wir für eingehende Spenden keine Steuerabzugsfähigkeit garantieren. Attac verfolgt satzungsgemäß gemeinnützige Zwecke; die Gemeinnützigkeit wurde Attac im April 2014 vom Finanzamt Frankfurt entzogen. Dagegen hat Attac Widerspruch eingelegt – der bis heute nicht beantwortet ist. Bis zu einem Ende des Einspruchsverfahrens bzw. Anerkennung unserer Gemeinnützigkeit können wir leider keine Zuwendungsbestätigungen ausstellen.

Mehr Infos dazu unter [www.attac.de/spenden/aktuell](http://www.attac.de/spenden/aktuell)

### SEPA-Überweisung/Zahlschein

Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts

BIC

Für Überweisungen in  
Deutschland und  
in andere EU-/EWR-  
Staaten in Euro.

Angaben zum Zahlungsempfänger: Name, Vorname/Firma (max. 27 Stellen bei maschineller Beschriftung max. 35 Stellen)

ATTAC TRÄGERVEREIN E.V.

IBAN

DE 57 43 06 09 67 08 00 10 08 00

BIC des Kreditinstituts/Zahlungsdienstleisters (8 oder 11 Stellen)

GENODEM1GLS

ATTAC TRÄGERVEREIN e.V.

Betrag: Euro, Cent

Spenden-/Mitgliedsnummer oder Name des Spenders: (max 27 Stellen)

ggf. Stichwort

RBF1504

PLZ und Straße des Spenders: (max. 27 Stellen)

Angaben zum Kontoinhaber/Zahler: Name, Vorname/Firma, Ort (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben)

IBAN

DE

06

Datum

Unterschrift(en)

SPENDE